

Rhein-Zeitung / Flugzele New York Leserbriefe Nr. 249, No 27. 10. 2014

Freihandel Ceta, das kanadisch-europäische Freihandelsabkommensoll den Handel zwischen Europa und Kanada ankurzeln. Dafür sollen Zölle gestrichen und gemeinsame Standards für Produkte und Dienstleistungen festgelegt werden. Ceta gilt als Blaupause für das Handelsabkommen TTIP („Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“).

# „Mit TTIP herrscht nicht mehr Demokratie, sondern Plutokratie, die Herrschaft des Geldes“

Nach der Absicht und Hoffnung der Befürworter von TTIP soll dieses sich zu einem riesigen Erfolgsprojekt entwickeln. Durch den Abbau von Handelsstränken sollen Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen und Maßnahmen von jeweils etwa 100 (!) Milliarden Euro pro Jahr generiert werden. Die dahinterstehende

Denkweise: Schließlich habe die Liberalisierung von Märkten schon immer den Wohlstand gemehrt. Die Frage ist für wen. Und weiter ist zu fragen: Sind die ausgerufenen wirtschaftlichen Effekte überhaupt realistisch? Die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) erwartet bei einer sehr weitreichenden Liberalisierung ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in der EU bis 2027 von 0,48 Prozent. Allerdings nicht jährlich, sondern insgesamt. Dies würde einem jährlichen Effekt von nur 0,03 Prozent entsprechen!

also praktisch auf den niedrigsten Nenner nach unten angeglichen werden. Dies ist der Mechanismus, der die prognostizierten Mehreinnahmen von jeweils 100 Milliarden Euro pro Jahr gewährleisten soll. Kritiker werden vom Pressesprecher der EU-Kommission John Clancey als „Feinde des Handels“ abqualifiziert.

Nicht nur das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU bietet Anlass zu kraftvollem Widerstand. Mittlerweile wurden die ebenfalls geheimen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung Kanadas um ein inhaltlich ähnliches Abkommen namens Ceta abgeschlossen. Bekannt wurde, dass die Einrichtung überstaatlicher Schiedsgerichte von der EU-Kommission und der Regierung Kanadas befürwortet wird.

schutz und zur Deregulierung und somit der Abbau des Verbraucher-, Umweltschutzes und der Arbeitnehmerrechte. Mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte muss erkannt werden, dass sechs der acht von der International Labour Organisation (ILO) festgelegten arbeitsrechtlichen Kernnormen bis heute von den USA nicht anerkannt werden. Konkret geht es um das Recht der Arbeitnehmer, sich frei in Gewerkschaften zu organisieren, die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit allgemein, das Recht auf kollektive Tarifverträge, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau, das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt aufgrund Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft. Diese in Europa existierenden Standards werden als Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU betrachtet und im Klartext als Profithemmnisse für die Konzerne angesehen. Die Standards sollen daher „harmonisiert“,

Die Verhandlungen wurden und werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und damit einer wirksamen demokratischen Kontrolle bewusst entzogen. Verhandlungsgegenstände sind etwa das Fracking (umweltschädliche Erdgasförderung), privatisierte Trinkwasserversorgung, Privatisierungen allgemein, nachlässiger Datenschutz, Gesundheits-, Sicherheitschutz, die exzessive Sicherung sogenannter Urheberrechte, wodurch der Zugang zu Kultur Bildung und die Agrarindustrie noch mehr Macht erhält. Dieser marktradikale Generalangriff auf den Umweltschutz, die Rechte der Ver-

braucher, die bäuerliche Landwirtschaft und die Rechte der Masse der Arbeitnehmer soll flankiert und gestützt werden durch Einführung internationaler, nicht öffentlich tagender Schiedsgerichte außerhalb der bisher bestehenden Gerichtsbarkeit. Konzerne, die ihre Profite geschmälert sehen durch „übertriebenen“ Verbraucherschutz, Umweltschutz und „ausufernde“ Arbeitnehmerrechte, können zukünftig „Schadensersatz“ verlangen! Das heißt: Demokratische Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks sollen keine Gesetze mehr beschließen, die den Konzernen die erwarteten Profite schmälern könnten. Wenn dies so umgesetzt wird, herrscht nicht mehr Demokratie, sondern Plutokratie – Herrschaft des Geldes! Wir brauchen aber nicht den Abbau, sondern dringend die Bewahrung beziehungsweise den wirksamen Ausbau von Verbraucherschutz-, Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, demokratischen Grund- und Menschenrechten.

Es bleibt nur zu hoffen, dass das EU-Parlament dieses Abkommen schon wegen der vorgesehenen Schiedsgerichtsbarkeit insgesamt ablehnt. Fatal wäre es, würde das Ceta-Abkommen in Kraft treten. US-Konzerne könnten dann über ihre kanadischen Standorte und Tochterfirmen jederzeit zu gleichen Bedingungen auf den europäischen Markt vordringen wie kanadische Unternehmen!

Berufswelt Die Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert Chancen und

## Uni Leipzig hat den kostbaren Paulineraltar zurück

Helmuth Gellhardt, Neuwied-Engers, Mitglied des Sozialverbandes Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Energie prägen hat genen müssen wer Energie des Gabi Deut neue im Jost len ( um gar t feren se wir giek len e be I versen. gien. spielt zent Deutl tigste zeug Reu schlo sden men span